

Das Spannungsverhältnis von Dschihadismus- und Terrorismusanalyse in Wissenschaft und Sicherheitspolitik der BRD

Sebastian Huhnholz

Zusammenfassung: Das innerdeutsche Risiko dschihadistischer Terroranschläge wächst seit einiger Zeit wieder. Doch auch beinahe eine Dekade nach 9/11 verfügen deutsche Sicherheitsbehörden über keine konsistente Antiterrorstrategie. Meine Vermutung ist, dass ein Grund hierfür die mangelnde Differenzierung zwischen nahmittelöstlichem Massenislamismus und transnationalem sunnitischen Elitendschihadismus durch die Sozialwissenschaften und Sicherheitsinstitutionen Deutschlands ist. Während viele akademische Terrorismustheorien auf eine Berücksichtigung der spezifisch fundamentalistischen Motivation von Dschihadisten verzichten, bringen die Sicherheitsinstitutionen beinahe jede von Muslimen ausgehende, organisierte Gewalt mit Dschihadismus in Verbindung. Wissenschaft und Sicherheitspolitik haben insofern unterschiedliche blinde Flecken, ergänzen sich aber derzeit kaum, so dass Bedrohungsanalysen häufig zu unpräzise und allgemein ausfallen. Dschihadistische Planungen könnten davon profitieren.

Schlüsselwörter: Dschihadismus, Jihadismus, Islamismus, Terrorismusforschung, Innensicherheitspolitik, Antiterror-Strategie

The tension between jihadism analysis and terrorism research in science and security policy of Germany

Abstract: The risk of jihadi terrorist attacks in Germany is recently rising again. But almost a decade after 9/11 German security authorities have no consistent anti-terror strategy. My assumption is that one reason for that failure is the lack of differentiation between a widespread Islamism of the oppressed masses of the Greater Middle East and the transnational jihadism of Sunni fundamentalist elites. While many academic theories in terrorism research avoid differentiating between the two and ignore the specific motivations of fundamentalist jihadists, the security institutions equate almost any Islamic violence with jihadism. Therefore, academic terrorism research and security policies have different blind spots. Unfortunately they do not complement each other, so that threat assessments often fail because they are too vague and simple. Jihadist plans could benefit from that.

Keywords: jihadism, Islamic extremism, terrorism research, homeland security policy, anti-terror strategy

1 Einleitung

„Westliche Sicherheitsbehörden haben große Probleme, sich auf den Wandel und die Vielfalt der Organisationsformen einzustellen“, diagnostizierte unlängst Guido Steinberg, auf dschihadistischen Terrorismus spezialisierter Islamwissenschaftler der *Stiftung Wissenschaft und Politik* und früherer Kanzleramtsreferent. „Schon die Unabhängigen stellen sie vor große Probleme, da Polizei und Nachrichtendienste bis heute nicht gelernt haben, Radikalisierungsprozesse unter jungen Muslimen rechtzeitig nachzuvollziehen“ (Steinberg 2010a). Auch deshalb, wenngleich fraglich bleibt, ob die BRD nach 9/11 überhaupt eine kohärente Strategie besaß, fordert Steinberg eine neue Antiterrorstrategie (Steinberg 2010b).

Die nachfolgende, an Steinbergs Einschätzung anknüpfende Auseinandersetzung basiert auf der These, dass die etablierte Terrorismusforschung in Deutschland den Sicherheitsbehörden tatsächlich spezifischere Differenzierungen deutlicher zur Verfügung stellen müsste, damit der dschihadistische Terrorismus besser als bislang verstanden und ihm zielgenauer begegnet werden kann. Die Notwendigkeit dessen wird womöglich kontraintuitiv erscheinen, war doch in den ersten Jahren nach 9/11 in der BRD und international ein regelrechter Boom des Themas zu verzeichnen, sind ganze Bibliotheken gefüllt worden, vorrangig sozialwissenschaftliche von Politologie über Soziologie bis Sozialpsychologie. Dabei „häufig als lästig empfunden[...]“ worden sei jedoch die „Diversität der unterschiedlichen Strömungen des Islam“ (Wentker 2008, S. 13; Schneckener 2005), wohingegen der vermeintlich logische Dreischritt Islam und Gewalt gleich Dschihadismus bzw. Islamismus sich vielen mittlerweile erfolgten Differenzierungsangeboten zum Trotz noch beharrlich zu behaupten versteht – sowohl akademisch als auch sicherheitspolitisch, im Alltagsverständnis ohnehin.

Freilich ist die Auseinandersetzung mit diesem zumal dem europäischen Kulturraum lange recht fremden und dazu politisch aufgeladenen Thema schwierig. Die reale innenpolitische Gefährdungslage, ihre umfassende rhetorische Kopplung an mehrere dauerhafte Auslandseinsätze der Bundeswehr und nicht zuletzt die terroristisch absichtsvoll angeheizte Bedrohtheitsperzeption selbst bedingen, dass wissenschaftliche Beschreibung und politische Bewertung des Dschihadismusphänomens sich weiterhin vermischen (vgl. schon Daase 2001, S. 55), sich folglich wechselseitig weniger produktiv irritieren, als es vielleicht angemessen wäre. Hinzu tritt, dass, wenngleich häufig hintergründig, die auf diverse muslimische Minderheiten konzentrierte Integrationsdebatte diskursiv mit antiterroristisch intendierten Schutzvorstellungen verwoben wurde, wodurch ein auf tendenziell alle in Deutschland lebende Muslime indirekt ausgeweiteter Fokus der Inneren Sicherheit konstatiert werden muss, der von dschihadistischen Aktivitäten über islamischen Religionsunterricht und Bekleidungsfragen bis zu Moscheebauprojekten eine Facettenvielfalt umfasst. So wurde selbst Zuwandererintegration zur strukturellen Antiterrormaßnahme erhoben (BfV 2007); mitlaufend könnte sich darin eine ohnehin gestiegene Islamphobie legitimieren (Benz 2009; Schneiders 2009).

Für derlei Gesellschaftspolitisches aber ist weder die allgemeine Terrorismus-, noch die spezifisch auf die dschihadistische Qaida und ihr vergleichbare Vereinigungen ausgerichtete Forschung geeignet; vermutlich sind sie sogar ein denkbar schlechter Ratgeber. Der außerordentlich vage Begriff Islamismus indes verdeckt dieses Missverständnis sehr häufig, ja er scheint, gerade wo er Verwandtschaftlichkeiten von Dschihadismus mit gänzlich anders gearteten Spannungen und Ideologien suggeriert (etwa mit dem Nahostkonflikt oder hinsichtlich der iranischen Herausforderung), mehr zu verklären als zu erklären. Dieses Problem gewinnt auch durch eine mittlerweile wieder regional erkennbare Widersprüchlichkeit an Schärfe, verliert doch der allgemein geläufige Begriff vom Islamismus in den letzten Jahren an Beschreibungs- und Erklärungskraft, weil realistische Blicke auf und Forschungen über die sog. „arabische Welt“ dazu beitragen, islamistische Akteure als (überwiegend gesellschaftlich breit legitimierte) politische Größen aufzufassen, mit deren kontinuierlichem Einfluss sich auch deutsche Außen- und Sicherheitspolitik pragmatisch arrangieren muss und deren Anliegen prima facie nur sehr selten terroristisch kommuniziert werden (vgl. z.B. Asseburg 2008). Regelrecht dilemmatisch für kohärente Regierungspolitiken westlicher Staaten wird dieser übergroße Islamismusbegriff spätestens, wenn sich, wie etwa im Fall der ägyptischen Muslimbruderschaft, eine bedeutende islamistische Bewegung als Anwalt für soziale Teilhabe, Menschen- und politische Freiheitsrechte aufstellt (Hamzawy 2010, S. 27-28).

Demgegenüber ist in Deutschland eigentümlich selten darauf hingewiesen worden, dass der Dschihadismus eine spezifisch *fundamentalistische*, individualistisch-elitäre Gewaltideologie ist, die weder eine kohärente, kollektivierungsfähige Strategie verfolgt, noch zum kollektivistisch-antielitären Islamismus, also zu arabisch-autochthonen sozialen Bewegungen des sog. politischen Islam, passen will. Zwar fand spätestens mit der deutschen Übersetzung von Olivier Roys einschlägigem Band *Der islamische Weg nach Westen* (Roy 2006) aus dem Französischen eine dementsprechende, ausführliche Differenzierung zwischen Fundamentalismus (bei Roy „Neofundamentalismus“) und Isla-

mismus ihren Eingang in die deutsche Forschungslandschaft. Bislang blieb sie jedoch in dem Sinne weitgehend ungenutzt, dass sie kaum zur kritischen Überprüfung weniger komplexer oder zu ihr alternativer Differenzierungen herangezogen wurde. Unabhängig von Roy und mit Fokus auf schiitische, sunnitische und christliche Fundamentalismen legte im selben Jahr allerdings Karsten Fischer eine komparativ tragfähige Fundamentalismus-Definition vor. Aus dieser ging nicht zuletzt hervor, dass Fundamentalismus ein radikales religiöses Interpretationsverfahren ist, das hinsichtlich seiner Formen „nur unwesentlich“ variiere und in *verschiedenen* Religionen und Konfessionen als Reaktion auf Modernisierungskrisen zu beobachten sei, angesichts derer die Rückkehr in einen idealistisch imaginierten bzw. regressiv utopischen Urreligionszustand als Gegenmodell empfohlen werde.¹ Die unvermeidliche Abweichung einer solchen Idealisierung zu jeder sozialen Realität begünstige eine „eigendynamische“ Radikalisierung von Fundamentalismen ebenso wie deren Politikferne bzw. antipolitische Grundhaltung zugunsten eines heilsgeschichtlich ausgestaffierten Determinismus (Fischer 2006 und 2009).

Zwar wird man die Arbeiten Roys, Fischers und vergleichbar Differenzierender für eine genauere Analyse des Dschihadismus zusammenziehen müssen (vgl. dazu unten sowie Huhnholz 2010a). Doch auch einzeln für sich genommen verdeutlichen solche Arbeiten bereits die fundamentalistische Aversion gegen jedwede Form etablierter und kompromissfähiger Politik, politischer Programmatik und vor allem: massentauglicher Ideologie. Die unnachgiebig religiöse Letztinstanzlichkeit, mit der sich fundamentalistische Weltanschauungen gegen Kritik und Mäßigung imprägnieren, erstrebt eine radikale und notfalls gewaltsame „Wiederverzauberung“ von Weltlichkeit, die nicht verhandelbar ist, die sich alternativlos gibt und sich daher im Kern als unpolitisch versteht. (In zweiter Beobachtungsordnung freilich vollzieht sich eine Politisierung mittels der nur pseudoreligiösen Unterscheidung von Recht- und Fehl- sowie Ungläubigen.) Insoweit verdeutlichen sowohl Roy wie Fischer, dass eine fundamentalistische Radikalisierung innerhalb lebensweltlich solider, funktionierender Religionsgemeinschaften äußerst unwahrscheinlich ist (womit indes noch nichts über das Gewaltpotential letzterer besagt sein will). Mithin bricht sich hierin ein Verständnis, das einen vermeintlich massentauglichen Fundamentalismus mit einem tatsächlich massentauglichen Islamismus verwechselt, und die Analyse der exklusiven al-Qaida-Gewalt verlagert sich hin zu einem den Dschihadismus spezifizierenden Interpretationspfad, welcher eine soziale Entfremdung bzw. kulturelle Entbettung betont und hinsichtlich fundamentalistischer Gewaltbereitschaft entsprechend auf das Phänomen des sog. *homegrown terrorism* verweist. Letzteres beschreibt die religiös begründete und diasporisch begünstigte Gewaltbereitschaft orientierungsarm einzelner, *sehr weniger* junger, überwiegend westlich sozialisierter Muslime bzw. Konvertiten sunnitischer Konfessionalität, deren meist

1 „Fundamentalismus ist eine sich auch in Latenzzeiten eigendynamisch radikalisierte, nur unwesentlich in der Erscheinungsform divergierende religionspolitische Reaktion auf krisenhaft empfundene, säkularisierende Modernisierungsprozesse, mittels derer eine Konstruktion kollektiver Identität vorgenommen wird und alle entscheidungsbedürftigen politischen und sozialen Belange der Autorität einer religiösen Offenbarung unterstellt werden, hinsichtlich derer apokalyptische Aktivität entfaltet wird“ (Fischer 2006, S. 433, H.i.O.; vgl. ferner Schieder 2008, S. 50; Roy 2010).

aus allerlei Versatzstücken zusammengebastelte radikale Laientheologie vornehmlich individueller und autodidaktischer Art ist. Präventionsbezogen problematisch daran ist, dass sich kaum weitere personen- oder charakterspezifische Profile signifikant ausmachen lassen, mittels derer annäherungsweise prognostiziert oder erklärt werden könnte, warum die allerwenigsten, auf die ein solches Profil zutrifft, zu Dschihadisten werden (Mähler 2009; ECEG 2008).

Dahingehend bemerkenswert für den spezifisch dschihadistischen Terrorismus ist jedoch, dass ihm mit der vielgestaltig schon etablierten und untersuchten fundamentalistischen Ideologie des sog. Salafismus eine äußerst flexible Weltanschauungsmatrix zur Verfügung steht, deren militantes Selbstermächtigungspotential weitgehend *identisch* ist mit dem, was derzeit *homegrown terrorism* oder Dschihadismus genannt wird (Baehr 2009; Armbrorst 2009; Fuchs 2010; Huhnholz 2010a; Wiktorowicz 2006). Denn die salafistische Avantgarde-Weltanschauung orientiert sich an idealisierten Fragmenten des Urislam und scheint sich insofern besonders in den religiös heilungswissen Sinnkrisen einer multikulturellen Diaspora radikal entfalten zu können. In der autochthon arabischen Welt, in muslimisch geprägten Ländern überhaupt, wird man eine terroristische Ausprägung des Salafismus entsprechend kaum finden (und paradoxerweise würde man sie dort kaum als *homegrown terrorism* etikettieren) – sie ist vielmehr eine Art Exportprodukt, dessen ideologische Eigenheiten und transnationale Organisationsmerkmale sich erst vermittelt dieser tendenziell globalisierungsbedingten Entwurzelung ausprägen. So besehen lässt sich behaupten, dass der Dschihadismus nie etwas anderes gewesen ist, als die militante Ausprägung einer speziellen sunnitischen Laien- und Diasporatheologie, eines aktivistischen Minderheitenfundamentalismus namens Salafismus bzw. mit Dirk Baehr: „Jihadi-Salafismus“ (Baehr 2009).

Diese Einschätzung mündet gerade angesichts der eingangs angemerkten, nun beinahe schon ein Jahrzehnt andauernden, großen Relevanz des Themas Dschihadismus für Sicherheitspolitik und Terrorismusforschung der BRD in zwei sukzessiv zu beantwortende Kernfragen des vorliegenden Artikels: Wie ist *erstens* die deutsche Terrorismusforschung bisher mit dem Thema verfahren, dass sich nicht nur der übergroße und wahrscheinlich ganz und gar kontraproduktive Sammelbegriff Islamismus zu behaupten versteht, sondern dass auch die nach eigenem Bekunden gut gewappnete und wissenschaftlich rückversicherte deutsche Innensicherheits- bzw. Antiterrorpolitik acht Jahre nach 9/11 unumwunden eingesteht, dass mit dem Salafismus ein „für die Sicherheitsbehörden“ – hier sei stellvertretend der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalens zitiert – noch „neues Phänomen im islamistischen Extremismus sichtbar“ geworden sei (IM.NRW 2009). Zu vermuten ist, dass dieses Missverhältnis nicht zuletzt aus der komparatistischen Praxis der deutschen Terrorismusforschung resultiert, die nach 9/11 weniger auf ideologiespezifische, d.h. motivorientierte Vergleiche abstellte, sondern, in Ermangelung interkulturell valider Analyseschablonen, auf organisations- und gewaltvergleichende, d.h. strukturelle, insbesondere operative Aspekte. Dies könnte erklären helfen, warum die so evident fundamentalistische Antriebsfeder des eigentlich sektiererisch-exklusiven Dschihadismus vernachlässigt bzw. zugunsten vermeintlich verallgemeinerungsfähiger Variablen wie „religiöse Motivation“, „islamische Religion“, „Hass

auf den Westen“ und derlei Unspezifisches mehr vergrößert wurde.² Daraus resultieren muss eine *zweite* Frage, nämlich wie diese darzustellenden bisherigen Entwicklungen zu bewerten sind, ob sie (womöglich gar gefährliche) Versäumnisse darstellen oder ob sie schlichtweg irrelevant sind.

Dafür wird im Folgenden zunächst die Differenzierung des Dschihadismus von islamistischen Erscheinungen vertieft, um anhand dessen prüfen zu können, ob und inwiefern ausgesuchte einflussreichere terrorismustheoretische Ansätze im Leistungsvergleich zu vergleichbaren oder brauchbareren Einordnungen gelangen. Anschließend wird eine Auswahl öffentlich zugänglicher Dokumente deutscher Sicherheitsbehörden daraufhin geprüft, ob und inwiefern sich in ihnen die bis dahin vorgestellten Ansätze widerspiegeln, inwiefern also überhaupt eine Nützlichkeit oder Anwendbarkeit akademischer Terrorismusforschung für die Behörden erkennbar ist.

2 Begriffspolitische Verunsicherungen: Dschihadismus vs. Islamismus

Dschihadismus wird im Folgenden also verstanden als die militante Variante eines speziellen sunnitischen Fundamentalismus. Dessen ideologische Radikalität und Selbstlegitimierung speisen sich aus der ebenso unerbittlichen wie phantastisch bzw. beliebig ausgeschmückten Orientierung an der politreligiösen Exil- und Gütergemeinschaft des islamischen Propheten Muhammad und seiner Gefährten im damaligen Yathrib, der heute kurz Medina genannten *madinat an-nabi* (arab. für „Stadt des Propheten“) auf der arabischen Halbinsel (Aslan 2006). Die Ausrichtung an jenen idealisierten muslimischen „frommen Vorfahren“ (arab.: *as-salaf as-salih*, daher auch die alternative Sammelbezeichnung Salafismus) ist vor dem Auftauchen der anti-saudischen, dschihadistischen Qaida insbesondere durch den puristischen saudischen Wahabismus bekannt gewesen, als dessen vergleichsweise schwache, heute fast weltweit verfolgte, militant-revolutionäre Variante al-Qaida gilt.

Hat die ideologische Spaltung beider auch etwas ältere Wurzeln, die unter anderem im widerstandsfaszinierten Gedankengut des arabischen Sozialismus der 1950er und 60er Jahre liegen und von Intellektuellen wie dem Ägypter Sayyid Qutb oder dem Palästinenser Abdullah Azzam religiös-revolutionär umformuliert wurden (Damir-Geilsdorf 2003; Kepel/Milelli 2006; Bonney 2007), muss die politische Spaltung von Wahabismus und Dschihadismus als eine Begleiterscheinung des beendeten Kalten Krieges betrachtet werden. Sie kann datiert werden auf den Golfkrieg zu Beginn der 1990er Jahre, als das saudische Herrscherhaus es ablehnte, die aus dem vormals sowjetisch besetzten Afghanistan zurückgekehrten radikalislamischen Mudschaheddin-Veteranen um den jungen saudi-jemenitischen Erbmillionär Usama bin Ladin zur Befreiung des vom ba'athischen Irak unter Saddam Hussein überfallenen Kuwait in Stellung zu bringen. Stattdessen luden die in diesem Sinne vorgeblich modernistisch kor-

² Zur jüngeren Kritik und Diskussion politikwissenschaftlicher Religionskonzeptionen vgl. Beiträge und „Forum“ in der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1/2010, darin insb. Lehmann 2010; zu weiterführenden Quellen führen ferner Schieder 2008 und Fischer 2009.

rumpierten Saudis „ungläubige“ US-Truppen mitten ins geologische Herzland des Islam; ein Affront für viele andere sunnitische Fundamentalisten, deren sich radikalisierender Protest fortan noch brutaler unterdrückt wurde. Religionsentfremdete Diaspora, Exil und transnationaler Multikulturalismus wurden dadurch Existenzbedingungen und terrororganisatorische Kompetenzkerne jenes auf diese Weise ausgebreiteten und sich auch darum revolutionär ideologisierenden Sammelbeckens politisch Deklassierter, das sich später unter dem Namen al-Qaida von einer paramilitärischen Guerillaorganisation zu einer verstreuten, eher ideell verbundenen Dschihadbewegung transformierte – ausgestattet mit dem kaum zu unterschätzenden Selbstbewusstsein, nun nach der Sowjetunion das nächste unislamische Imperium ins Fadenkreuz zu nehmen, die USA (vgl. Bergen 2003; Coll 2008; Wright 2007; Roy 2006).

Es ist anzunehmen, dass hierfür das salafistische Interesse an der Exilgemeinschaft des islamischen Propheten besonders motivierend wirkte, bot jenes doch einen vermeintlich islamhistorisch verbürgten Orientierungsrahmen für die ansonsten noch kulturell unvertraute Diasporasituation. Führt man sich zusätzlich vor Augen, dass die Exilgemeinschaft Muhammads den Beginn der islamischen Zeitrechnung markiert, am Beginn des Aufbaus eines islamischen Imperiums stand, lässt sich das konfliktreiche Potential dieses Vorbilds erahnen. Zugespielt formuliert: Orientierungsarme Diaspora und salafistische Geschichtsinterpretation stehen in einem günstigen Passungsverhältnis zueinander, welches aufgrund der überlieferten historischen Eigenheiten und Folgen des Exils Muhammads jedoch eher konfliktbegünstigende Narrative und Interpretamente bereithält.

Just diese transnationale Streuung und isolationistische Veranlagung des Dschihadismus ist nun empirisch nicht zu generalisieren für jede allgemeine Form organisierter Gewalttätigkeit durch Muslime. Und sie ist logisch nur schwer zu verwechseln mit systematischen Gewaltanwendungen von autochthonen islamistischen Gruppierungen. Exakt hier setzt daher eine im Land der Reformation besonders eigenartig anmutende Überinterpretation der deutschen Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik an. Denn *dass* sich organisierte religiöse Gemeinschaften im Geflecht von politischer und rechtlicher Ordnung sowie in Konkurrenz zu anderen Religionen zuweilen gewalttätig positionieren, kennzeichnet sie noch nicht *eo ipso* als fundamentalistische Bewegungen – zumal nicht in nah- und mittelöstlichen Autokratien. Denn deren mehrheitlich despotischer und nepotischer Charakter treibt seit Jahrzehnten eine ganze Reihe von Oppositionskräften dazu, sich pragmatischerweise über das größte der wenigen vormals noch nicht gegängelten Felder sozialer Gemeinwohlpolitik aufzustellen: als religiöse soziale Bewegung.

Diese trefflicherweise politischer Islam oder Islamismus genannte Konstellation (Roy 1994 und 2006; Khanna 2009, 299) erlaubt festzustellen, dass es Islamisten vorrangig um die Gestaltung gesellschaftspolitischer Entwicklungen geht, was wiederum hieße, moderate Islamisten als zivilgesellschaftliche, häufig sogar protodemokratische Reformakteure wider die Stagnation arabischer Staatswesen und Korruptionsregimes betrachten zu können (Asseburg 2007; Werenfels 2005). Entsprechend sei „vielleicht“ gerade „[m]ehr Islam, nicht weniger [...] das geeignete Mittel gegen wahabistischen Extremismus und westlichen Materialismus“, urteilt Parag Khanna über die Golfregion

(2009, S. 362). Die zuweilen transnationale Streuung islamistischer Exilvereinigungen wie etwa Teilen der Muslimbruderschaft ist von daher primär ein Verfolgungsproblem und nicht zu verwechseln mit transnationalem, multikulturell aufgestelltem, antistaatlichem Terrorismus dschihadistischer Gestalt, dem die autochthone Verankerung entweder abhanden gekommen ist bzw. dessen Intensität davon lebt, anders als islamistische Akteure keine Rücksichten nehmen zu müssen.

Zwar mag auch dieser ältere Islamismusbegriff, wie er vor 9/11 Verwendung fand, unzureichend gewesen sein, weil er lediglich feststellte, dass „der Islam selbst eine politische und gesellschaftliche Dimension in sich trägt“ (Steinbach 2004, S. 86). Mit der Begriffsüberreizung zugunsten einer Eingemeindung fundamentalistischer Terroraktionen aber könnten sich die deutsche Sicherheitspolitik und die ihr zutragende Terrorismusforschung selbst ein Bein gestellt haben. Denn nunmehr ist es in Politik, Wissenschaft und Massenmedien Ausnahme geworden, Islam, Islamismus und die Militanz sunnitischer Fundamentalisten realistisch gegeneinander zu kontrastieren (konzeptvergleichend vgl. insb. Armbrorst 2009). Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* verwendet als einzige überregionale Zeitung Deutschlands beinahe durchgängig einen plausiblen Dschihadismusbegriff. In der breiteren Öffentlichkeit jedoch hat sich eine verzerrte Vorstellung durchgesetzt, nach welcher die radikalislamische Bedrohung sich quantitativ in konzentrischen Kreisen darstellen ließe, also von einem großen äußeren Kreis, der als Kulturkreis über eine Milliarde Muslime als vermeintliche Rekrutierungsmasse einschließe, sukzessive hinab bis zu einer ausgerechnet im Zentrum befindlichen dschihadistischen Minderheit (vgl. schon vorsichtig skeptisch Schily 2004).

Plausibler ist es, dschihadistischen Fundamentalismus als militante Totalverweigerung sowohl gegen moderne Gesellschaften als auch gegen die traditionalistisch-konservativen, kulturell autochthon verankerten religiös-sozialen Reformbewegungen von Islamisten zu kontrastieren (Roy 2006). Die Plausibilität dieser Differenzierung ist dabei nicht allein idealtypisch. Sie ist auch räumlich ausgeprägt. Denn da die dschihadistische Ideologie vorrangig ein multikulturelles Phänomen soziokulturell entfremdeter, nicht selten diasporisch privilegierter, hochmobiler, entterritorialisiert-antistaatlicher und spiritueller äußerst flexibler Minderheiten ist (Fischer 2009, S. 115-132; Huhnholz 2010a, S. 41-58; Mähler 2009), zeigt sich, dass es sich um eine „negative Form der Verwestlichung“ handelt (Roy 2006, S. 36; Steinberg 2005; Leiken 2005), ausgetragen bezeichnenderweise in mehrheitlich „westlichen Kategorien“ (Roy 2006, S. 36) seitens „radikaler Gewinner“ (Musharbash 2006, S. 227). Im Gegensatz zum autochthon-kollektivistischen Islamismus ist die dschihadistische Avantgarde-Weltanschauung geprägt von einer hochgradig individualistischen, exklusiv-elitären Identität, die sich in den heilungswissen Sinnkrisen einer multikulturellen und -optionalen Diaspora entwickelte.

Das spezifisch „Dschihad“-bezogene Moment im Dschihadismus ist darum *nicht* identisch mit jenen kulturell, historisch, politisch oder theologisch fassbaren Dschihad-Konzepten, wie sie geheiligten Texten des Islam zu entnehmen sind, wie sie die traditionellen islamischen Rechtsschulen fassen oder wie sie von autochthonen muslimischen Autoritäten öffentlich gelehrt bzw. gepredigt werden (Sivan 1998; Sarhan 2010). Die Dudenmethode – Dschihadist sei, wer Dschihad praktiziert – genügt angesichts eines so

facettenreichen und geschichtsträchtigen Begriffs folglich nicht. Das Dschihad-Konzept des Dschihadismus ist vielmehr ein relativ junger und eigenständiger Pfad. Entsprechend diffus, variabel, theologieresistent bzw. *individualtheologisch*, zuweilen verwirrt und vergleichsweise beliebig ist es. Zwar ist für den Dschihadismus eine anmaßende und exzessiv mitlaufende Islamitätsbehauptung konstitutiv; ohne die Religion und (sunnitische) Tradition der Muslime also wäre diese Weltdeutung mit ihrer normativen Selbstlegitimierung und aktivistischen Selbstermächtigung zu rücksichts- und bindungsloser Militanz nicht denkbar.³ Der Islam bzw. die Einheit der Umma indes ist nicht auf dieses antimodernistische Selbstverteidigungsfieber angewiesen.⁴ Aus muslimischer Sicht dürfte daher der Begriff Dschihadismus nicht minder provozierend und falsch wirken wie der des Islamismus.

Zu dieser Beschreibungs- und Benennungsproblematik gesellt sich ferner eine Frage der Übersetzung. So etwa wird landläufig die weithin pejorative Deutung des Begriffs Dschihad mit „Heiligem Krieg“ gewählt. Die mittlerweile weitläufig bekannten und korrekteren, weil dem Begriff und seinen Binnendifferenzierungen gerechteren Übertragungen wie spirituelle Anstrengung, religiöser Einsatz, lebensweltliches Bemühen um Gottgefälligkeit usw. werden häufig ignoriert. Und die denunziatorische Übersetzung taucht ihrerseits regelmäßig in Begleitung einer charakteristisch falschen Schreibweise auf. Die Mehrheit der thematischen deutschen Beiträge nämlich, so sie nicht, was aber nur selten der Fall ist, eindeutig Um- oder Lautschrift verwenden (z.B. ghihad, gihad, djihad usw.), trotz der eigentlich unkomplizierten Artikulation des Begriffs Dschihad, indem ausgerechnet eine angloamerikanische Schreibweise (jihad, gelegentlich sogar: jehad) anstatt deren hierbei mit dem Arabischen identischer Sprachklang übernommen wird. Die symptomatische Dominanz so auffallend unpräziser Verwendungen auf etymologischer, semantischer und phonetisch-orthographischer Ebene begründet gewöhnlich einen Anfangsverdacht auf einen (zu) geringen Bedarf an begriffsschärfender Exklusion.

So bleibt dieser Bezug problematisch, sobald dabei auf die islamhistorisch weitreichende Tradierung von „Dschihad“ verwiesen wird. Denn wo ein geschichtsreicher Begriff geschärft werden soll (zudem einer, der einer nicht-abendländischen Kultur entstammt), indem er auf ein analytisch offenbar neuartiges, weitgehend geschichtsloses

3 Siehe dazu die wenigen deutschen bzw. übersetzten Materialienbände von Abou-Tamm/Bigalke 2006, Lohlker 2009 und insb. Kepel/Milelli 2006.

4 Unbenommen dessen ist der unbehagliche Eindruck, dass einige gewöhnliche Muslime, manche islamische Staaten und auch andere sunnitische Fundamentalismen sich anscheinend nicht gänzlich unwohl damit fühlen, die von ihnen vertretenen Religionsgehalte in dschihadistische Geiselhaft zu nehmen und ihre eigene Religiosität in Mitschuldgefilde abrutschen zu lassen. Doch soll es zumindest an dieser Stelle genügen, solche diskreten Solidaritätsadressen – wenn auch nicht verharmlosend, so doch wohlwollend – als ein vorrangig trotziges Protestmerkmal zu interpretieren und entsprechend im Folgenden zu ignorieren. Man muss sich offenkundig daran gewöhnen, systematisch mit einer Ambiguitätsintoleranz deklassierter Muslime angesichts der Tatsache zu rechnen, dass, wie es Hans-Ulrich Wehler formulierte, in der realen Welt jene Überlegenheit weitgehend ausbleibt, die der Koran lehrt (Wehler 2009, S. XIII). Dafür mag man Verständnis aufbringen können, mit Dschihadismus zu verwechseln ist diese Frustration aber nicht.

Phänomen wie die transnationale Kriegführung von al-Qaida angewendet wird, um daraus wiederum eine vermeintliche Geschichtlichkeit und kontinierte islamische Traditionalität abzuleiten, ist Vorsicht geboten und ein Verdacht auf Begriffspolitik angebracht: Ein in der Tat auf konventionellem Wege nur sehr schwer fassbarer transnationaler Feind würde dergestalt nämlich mit unpräzisen bis untauglichen Kriterien begrifflich unterbestimmt, also: bloß bezeichnet, um zu dem tautologischen Ergebnis zu gelangen, dass die von ihm ausgehenden Bedrohungen schier unfasslich sind. Es ist schwer vorstellbar, dass eine ähnliche Vernebelung eines international bis lokal, allgemeinöffentlich bis fachspezifisch diskutierten Gegenstandes in weniger aufgeregten Diskursen und gegenüber weniger bedrohlich erscheinenden Themen akzeptiert werden würde.

So sei mitnichten dafür plädiert, die gegenüber sog. Islamismus und Terrorismus immerhin präzisere Bezeichnung Dschihadismus ihrerseits für dauerhaft alternativlos zu halten. Es *sollte* womöglich sogar im Sinne der oben angeführten, irreführenden Implikationen ein besserer Begriff als Dschihadismus gefunden werden. Doch müsste dieser dann wohl ein weiterer Neologismus wie der jüngere, inhaltlich durchaus treffliche Kryptoanglizismus „Jihadi-Salafismus“ (u.a. Baehr 2009) sein, denn die bislang bekannten bzw. etablierten Alternativbegrifflichkeiten laden zu sicherheitspolitisch kontraproduktiven Verwechslungen und akademisch zu häufig erkenntnishinderlichen Verallgemeinerungen ein.

3 Wissenschaftliche Kategorisierungen für den Dschihadismus: Beschreibungsbreite vs. Erklärungstiefe

Gleich nun, ob man die empirisch-konzeptionelle Unterscheidung von Dschihadismus und Islamismus auch begrifflich akzeptiert, stellt sich die Frage, wie die deutsche Terrorismusforschung dem Dschihadismus bisher begegnet ist. Begrifflich ist eine Vielfalt zu beobachten, der allerdings keine konzeptionelle Vielfalt entspricht: Bezeichnungen wie islamischer, radikal-islamischer, islamistischer, dschihadistischer, salafistischer, neuer Terrorismus oder islamischer Extremismus, seltener nur Extremismus oder Terrorismus werden meist äquivalent benutzt.

So wundert es nicht, dass seit 9/11 zugleich eine immense Vielfalt an Diagnosen über die Entwicklung des Dschihadismus zu beobachten war. Stichwortartig zusammenfassen lässt sich diese Vielfalt über folgende Zusammentragung der gängigsten Thesen seit 9/11: Innerhalb des Analysefeldes vom „neuen“, später dann auch treffender „transnationalen“ Terrorismus beliebt war zunächst die „Schläfer“-These, nach welcher dschihadistische Agenten bereits westliche Länder infiltriert hätten, um dort unauffällig und vordergründig gut integriert auf Einsatzbefehle zu warten. Hierfür wurden zunächst bereits vertraute Anschläge- und Bedrohungsszenarien massenmedial aktiviert, die schon vor 9/11 als denkbare Risiken in die Öffentlichkeit eingespeist worden waren – allem voran Anthrax-Briefe, ein von Saddam Husseins „rogue regime“ unterstützter Terrorismus und freilich auch terroristisch verursachte Flugzeugabstürze vom Typus Lockerbie (vgl. Lefever 1999, S. 119ff.). Ohne als Antithesen der „Schläfer“-

Mutmaßung erkannt zu werden, konnten zeitgleich die sich auch wechselseitig widersprechenden Ideen der „*failing states*“ und der „*safe havens*“ einen politisch erforderlichen Geltungsanspruch behaupten, nach welchen Dschihadisten entweder schwache Staaten kurzerhand zu übernehmen drohten, oder den Schutz präpotenter „*rogue states*“ von der „Achse des Bösen“ genießen würden – welche es sodann militärisch zu befreien und zu demokratisieren gälte. Damit wiederum korrelierte eine Phase der Furcht vor Massenvernichtungswaffen in staatsfremden Händen, bevor eine neuerliche innenpolitische Wende einsetzte, namentlich die abermalige Konzentration auf *homegrown terrorism*, nun allerdings mit einer deutlichen Ausweitung der Verdächtigenkreise auf Islamkonvertiten. Diese letztere, bis heute anhaltende, schon sehr viel eher realistische, aber eben durch und durch amorphe Einsicht mag man als Rehabilitierung einer ins Proaktive transformierten „Schläfer“-These verstehen, insofern nun nicht mehr ein konkreter Terrorismusverdacht thematisiert, sondern eine allenfalls abstrakt identifizierbare Risikopopulation skizziert wird. Womöglich liegt hierhin ein besonders nachhaltiges Potential für den neuerdings wieder in Westeuropa erfolgreichen, minderheitenfeindlichen Populismus. Das „Phänomen“ jedenfalls, „das mit Ausdrücken wie ‚führerloser Widerstand‘, ‚Phantomzellen-Netzwerke‘, ‚autonome Führungseinheiten‘, ‚autonome Zellen‘, ‚Netz aus Netzwerken‘ oder ‚einsame Wölfe‘ umschrieben wird“, sei „zu einem der wichtigsten Entwicklungstrends im heutigen Terrorismus geworden“ (Hoffman 2006, S. 410).

Das durchgehend Verbindende dieser Einschätzungen bleibt die Kategorisierung des Dschihadismus als Terrorismus. Sie entspricht zwar nicht unbedingt allen dschihadistischen Praktiken, etwa in Bürgerkriegsgebieten und *failed states*, taugt aber weitgehend für die bloß innerdeutsche Sicherheitsrelevanz. Doch während Terrorismus, jedenfalls ohne genauere Spezifikation, zunächst zweckorientiert gewalttätige oder mit Gewalt drohende Aktionen nicht-staatlicher, aus dem Untergrund agierender Akteure mit politisch-programmatischen Zielen meint, assoziiert der Begriff Dschihadismus (die gewaltbereite Selbstverpflichtung auf) ein fundamentalistisches Programm. Terrorismus ist eine empirische Tatsache, Dschihadismus ist zunächst einmal ein radikales sunnitische Ideenkonglomerat, dessen praktische Anwendung sich als *Krieg* versteht.

Der deutschen Terrorismusforschung könnte diese Praxis und ihre oben skizzierte historische Entstehung durchaus bekannt vorkommen, handelt es sich doch offenbar um ein vergleichbar terroristisches Entwicklungsmuster, wie es einst mit Blick auf die Rote Armee Fraktion als „doppelte Marginalität“ gefasst wurde: Gesteigerte Terrorismusanfälligkeit bestehe insbesondere für Gruppierungen, die zugleich gesellschaftlich entfremdet sind und sich am Rande einer größeren ideologischen Strömung befinden, als deren Vorhut sie sich, teils auch angesichts angeblich imperialistischer Besatzer, zu legitimieren trachten (Neidhardt 1981, 1985; Mayntz/Nedelmann 1987). Daher können manche dschihadistische Gewalthandlungen mit dem etablierten Analyseraster der Forschungskategorie „sozialrevolutionärer Terrorismus“ beschrieben und erklärt werden (Heller 2008), und ebenfalls mit der politologischen Grammatik, die für das Theoriegebäude der asymmetrischen, tendenziell antiimperialen Kriegführung entwickelt wurde (Münkler 2006). Beide, hier vorerst stellvertretend für eine etwas höhere Anzahl von geeigneten Beschreibungsperspektiven genannten klassifikatorischen Theorieansätze

allerdings können bzw. wollen nicht beschreiben, erklären oder definieren, was eine spezifisch dschihadistische Differenz sein sollte.

Ähnlich verhält es sich mit dem Theoriegebäude des sog. transnationalen Terrorismus.⁵ Die theoretische Rahmung der transnationalen Terrorismusvariante, wie sie in Deutschland besonders einflussreich Ulrich Schneckener (2006) erarbeitet hat, beruht empirisch zwar maßgeblich auf dem dschihadistischen Spezialfall, will indes explizit offen sein für nicht-dschihadistische Terrorismen (ebd.; Kron/Reddig 2007; Eder/Senn 2010). Zusammengenommen führen diese Erklärungsansätze in die etwas irritierende Situation, dass die Mehrheit solcher Theorieangebote über dasselbe Phänomen spricht, es aber kaum beim Namen nennt und dadurch das Spezifische am Dschihadismus wieder aus dem Blickfeld verbannt. Dies geschieht zumeist, um den jeweiligen Erklärungsansatz anschlussfähig zu halten für andere, für nicht-dschihadistische Militanz: Im Fall des transnationalen Terrorismus etwa für die schiitische Hizbullah und die pakistanisch-kaschmirische Lashkar-e-Toiba (Schneckener 2006, S. 86-100); im Fall des sozialrevolutionären Terrorismus für jedwede universalistisch-utopistischen Ideologien und im Fall des Theoriegebäudes asymmetrisch schwacher Kriegführung für nahezu alle irregulären, nicht-staatlichen Gewaltstrategien.

Was die genannten Erklärungsangebote über dieses Anliegen möglichst großer Verdächtigenbandbreite und theoretischer Verallgemeinerungsfähigkeit hinaus eint, ist ferner nicht allein, dass sie die religiösen Motive ihres vorder- oder hintergründig primär dschihadistischen Untersuchungsgegenstandes eher für unwichtig zu halten scheinen. Sie eint sehr viel stärker die politisch höchst relevante Beobachtung, dass es sich bei dschihadistischen Varianten um Gewaltkampagnen mit eigentümlich gestörtem Staatlichkeitsbezug handelt. Ob es das transnationale Kriterium als organisatorisches Spezifikum ist, das asymmetrische Kriterium als machtrelationales, oder das sozialrevolutionäre Kriterium, welches auf eine überstaatliche ideologische Intention verweist – stets gilt dabei der Staat westfälischer Bauart bzw. der Staat des Internationalen Systems mitadressiert und wird überzeugenderweise als prinzipieller Gegner des Dschihadismus begriffen.⁶

Eine auffällige Sonderrolle nimmt allerdings das Theoriegebäude asymmetrischer Kriegführung ein. Die asymmetrische Kriegführung meint im hier vorliegenden Fall des

5 Diese Variante ist nicht zu verwechseln mit der gelegentlich anzutreffenden Sammelbezeichnung „Internationaler Terrorismus“, die keine Theorie ist, sondern erhöhte terroristische Mobilität meint und sozusagen bloß operative Internationalität ist, statt Internationalismus (Waldmann 2005, S. 22-27, 149; Hoffmann 2006, S. 110-136).

6 Überzeugend ist diese Beobachtung, weil sie die jedem Fundamentalismus eigene Konsequenz registriert, moderne bzw. westfälische Staatlichkeit abzulehnen. Im dschihadistischen Fall resultiert diese für ihn schon traditionelle Staatsfeindlichkeit aus der Verschmelzung von politischer Sphäre und religiöser Offenbarung, so dass die vorgeblich einzig richtige, hier also dschihadistische Interpretation der Welt nicht durch staatspolitische Entscheidungen oder Einrichtungen anfechtbar ist (Fischer 2009; Huhnholz 2010a). Insofern sind aufgrund ihrer streng antagonistischen Prinzipien staatlich-antifundamentalistische und antistaatlich-fundamentalistische Bestrebungen nicht jeweils einseitig, sondern erst in einer Wechselseitigkeit auf Eskalation angelegt.

Dschihadismus die asymmetrische Gewaltpraxis einer grundlegend schwächeren Seite mit generell nicht gleichberechtigten bzw. formal nirgends legitimierten Ansprüchen. Herfried Münkler nennt sie eben darum „Asymmetrie aus Schwäche“, der er eine mehr oder minder imperial zu verstehende „Asymmetrie der Stärke“ komplementär gegenüberstellt (Münkler 2006). Die „schwach“ ausgeprägte Seite im doppelt binär konzeptionierten Theoriegebäude des Asymmetrischen (schwache versus starke Asymmetrie; Asymmetrie versus Symmetrie) ist darum abweichend von rein terrorismustheoretischen Modellen, weil sie Erklärungen für dschihadistische Gewaltkampagnen integriert, *indem* diese als *Krieg* klassifiziert werden – eine für die herkömmliche deutsche Terrorismusforschung mit ihrem schier übermächtigen Staatsverständnis und ihrer gelegentlich überzogen strengen, idealtypischen Krieg-Frieden-Unterscheidung vordem undenkbare Einordnung (vgl. allerdings schon Schmitt 1963).⁷

Vorteil des Asymmetrie-Ansatzes ist es, der typischerweise einzigen Hauptdifferenz herkömmlicher Terrorismusforschung zu entkommen, die darin besteht, offen oder verdeckt normativistisch zwischen legitim(iert)er und nicht legitimierter Gewalt trennen zu müssen, was meist nicht viel mehr heißt, als zwischen (rechts)staatlicher und nicht-staatlicher Gewalt zu trennen oder, noch vereinfachter, kurzerhand zu prüfen, ob eine staats- oder eine völkerrechtliche Relevanz vorliegt. Diese wissenschaftlich voraussetzungsreiche und letztlich politisch geprägte Grundbedingung der Terrorismusforschung ist ihr altbekanntes und viel diskutiertes Hauptproblem,⁸ sodass es erfrischend unverblümt wirkt, wenn außerhalb des deutschen Rahmens zum Beispiel Louise Richardson, anders als etwa Bruce Hoffman, nicht über hundert Definitionen abgleicht (Hoffman 2006, S. 71), sondern Terrorismus kurzerhand mit Pornographie vergleicht: beide erkenne man, wenn man sie sehe (Richardson 2007, S. 27). Ähnlich sophistisch hatte schon David C. Rapoport zum Besten gegeben, die Qualität von Terrorismusdefinitionen hänge meist von der Frage ab, ob die damit gemeinten Akteure Terroristen seien (Rapoport 2001, S. 33).

Letztlich ist damit eine Entwicklung auf den Punkt gebracht worden, durch die der zwischenstaatliche, völkerrechtlich „gehegte“ (Carl Schmitt) Krieg wenn nicht ein Auslaufmodell, so doch offenkundig eine Ausnahme geworden ist (Münkler 2002), weil sich Terrorismus-, Kriegs-, Bürgerkriegs- und Kriminalitätskontexte wechselseitig zu durchdringen begonnen haben und sich ihre Definitionsgrenzen bis zur Unkenntlichkeit überlappen. Und dass heute al-Qaida als *die* prototypische Bewegung jener Unkenntlichkeit gilt, dürfte vorrangig darauf zurückzuführen sein, dass sie sich offensiv eine militante Legitimierungsideologie religiös fundamentalistischer Couleur gegeben hat;

⁷ Hinzu tritt wahrscheinlich die innerstaatliche Sicherheitskultur der BRD, die vor einigen Jahrzehnten beharrlich und erfolgreich der Selbstlegitimierungsstrategie der *Rote Armee Fraktion* widerstand, sich namentlich, ideologisch und gelegentlich sogar juristisch als legitime Kriegspartei zu inszenieren.

⁸ Vgl. diesbezüglich etwa die angebotenen Codierungen der derzeit größten Datenbank terroristischer Vorfälle, der „Global Terrorism Database“ (<http://www.start.umd.edu/gtd/downloads/Codebook.pdf>, Version 3.0, 2009, 4-6. Zugegriffen: 04.05.2010), die die Fallaufnahme abhängig macht von den Kriterien der Nichtstaatlichkeit und (politischen, ökonomischen, sozialen oder religiösen) Absichtlichkeit einer an ein Publikum adressierten Gewaltanwendung oder -androhung außerhalb offizieller Kriegführungskontexte.

mithin eine Weltanschauung, die schon per Definition asymmetrisch schwach, sozialrevolutionär, transnational, prinzipiell staatsfeindlich und insoweit zwangsläufig als terroristisch zu klassifizieren ist.

Umso auffälliger ist es daher, wenn die genannten und weitere Erklärungsansätze meinen, das religiöse Moment bloß als Motivlieferanten registrieren, als strukturellen, wenn nicht gar gewichtigsten Faktor für die Entstehung, Gestaltung und Intensität dschihadistischer Gewaltsamkeit aber weitgehend vernachlässigen zu können. Dadurch gelingt es den genannten Ansätzen zwar in teils hervorragender und überaus plausibler Weise, den operativen Erfolg und die aufmerksamkeitsmagnetische Wirkung dschihadistischer Aktionen zu beschreiben. Die prognostische Qualität der Ansätze fällt jedoch gering, spekulativ oder sehr allgemein aus, da vorrangig öffentliche Wirkungsweisen beschrieben und politisch evaluiert werden, nicht jedoch dschihadistische religiöse Motivlagen. Erst im Einklang von Motivationsbeschreibung und Analyse operativer Fähigkeiten aber können dschihadistische Zielsetzungen analysiert werden, mittels derer eine exaktere Risikobewertung möglich werden würde. Die bloße operative Möglichkeit, transnationale und asymmetrisch schwache Gewaltkampagnen unternehmen zu können, besagt insofern noch nichts über die Wahrscheinlichkeit oder die Intensität, mit denen derlei Möglichkeiten praktisch werden.

Daher mögen zwar dschihadistische Weltanschauung und terroristische, also konstitutiv gewaltasymmetrisch schwache, illegale, politische Aktionsformen gewissermaßen komplementär zueinander stehen, doch folgt eines noch nicht unvermeidlich aus dem anderen. Es scheint der eigentlich fundamentalistische Kern im dschihadistischen Bedrohungspotential vernachlässigt zu werden, sobald man es auf ein terroristisches oder allgemein asymmetrisches reduziert. Mag dieser Einwand wie Theorieästhetik klingen – was teils ein berechtigter Kritikpunkt ist, beispielsweise seitens empirisch-quantitativer Forschungsanliegen, die vergleichsweise einfacherer und besser (be-)greifbarer Kategorien bedürfen –, zielt das Argument dennoch auf eine Erinnerung daran, dass fundamentalistisches Denken eine aufgeklärt säkulare, rational politikfähige Erschließung schlechthin verweigert, und dass diese Verweigerung die Analyse militanter fundamentalistischer Anliegen nicht unbeeinflusst lassen kann, sondern methodologisch berücksichtigt werden müsste.⁹ Dass dem so ist, zeigt am einfachsten und nachdrücklichsten die Tatsache, dass die genannten Erklärungsansätze zwar allesamt die terroristischen Wirkungsweisen und operativen Vorzüge sog. *homegrown terrorists* beschreiben können, das Phänomen als solches aber entweder nicht erklären können oder es sogar unvereinbar mit einigen theoretischen Modellbestandteilen ist, etwa mit der Unterstellung einer politischen Programmatik und Strategie des Dschihadismus.

⁹ Zwar sind die Analyseebenen unterschiedliche, doch müssten für eine rationale Beschreibung des Dschihadismus stärker Probleme jener verunsichernden Art berücksichtigt werden, die sich bei der Erklärung von Selbstmordattentaten stellen (Fischer 2009; Huhnholz 2010b). Anders ist nicht zu sehen, wie eine überationalisierte Analyse dschihadistischer Anliegen zu vermeiden wäre, die einerseits das Problemausmaß selbst zu überschätzen bzw. zu „islamisieren“ droht, dessen chaotisch-kontingentes Potential andererseits zu unterschätzen scheint.

Dies zu vernachlässigen, macht aus einem vordergründig nur methodologischen Problem ein sicherheitspolitisches. Denn die Klassifizierung fundamentalistischer Militanz als einer irgendwie politisch intendierten Gewaltstrategie suggeriert bzw. geht nicht selten axiomatisch davon aus, der Dschihadismus müsse als klassische terroristische Anlasserstrategie verstanden werden, an deren Beginn terroristische Aktionen stehen, die vorrangig und eigentlich auf Politisierung und Rekrutierung tendenziell immer breiterer Massen zielen, mit denen mittelfristig erst ein wahrer Krieg aufzunehmen ist und letztlich gewonnen werden soll (Schwarz/Rotte 2010). So plausibel diese Annahme aus Sicht klassischer Terrorismustheorien ist, so fragwürdig ist sie ideologieanalytisch hinsichtlich des dschihadistischen Salafismus, beruht sie doch geradewegs auf jener aufgeklärten Differenzierung von politischer Logik und religiöser Überzeugung, die der eigentliche Anlass und das vorrangige Feindbild fundamentalistischen Denkens überhaupt ist.

Das hierüber umrissene Problem besteht daher in der alternativlosen Evaluierung von Dschihadismus als sozialrevolutionär asymmetrischer Gewalt und transnationalem Terrorismus. Dies erzeugt nicht zuletzt einen Mangel an Falsifizierbarkeit,¹⁰ provoziert vorrangig allerdings eine latente Fehlbestimmung der fundamentalistischen Militanz als wengleich religiös motivierter Gewalt, so doch letztlich einer Gewalt mit angeblich eigenständigem politischen Programm. Derlei legt die Suche nach *Organisationen* nahe. Zwar hat sich mittlerweile quer durch die diesbezügliche Forschungslandschaft die Einsicht durchgesetzt, dass al-Qaida im Speziellen und der Dschihadismus im Allgemeinen besser mit Netzwerkmerkmalen und kontingenten *ad hoc*-Passungen zu beschreiben sind als mit organisationspezifischen Hierarchie- und Professionalitätsvermutungen (Mayntz 2004), aus der Praxis der Sicherheitsbehörden indes scheint die einmal eingeführte und wissenschaftlich gestützte Konzentration auf militant aufgestellte islamische Organisationen schwer wieder zu entfernen sein: Die Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern führen mehrheitlich und kontinuierlich eine ganze Reihe islapolitischer Organisationen als potentiell dschihadistische Bedrohungen, die mit dschihadistischen Ideologemen zwar nichts Erkennbares gemein haben, als Organisationen aber immerhin katalogisierbar sind (dazu unten mehr).

In der Masse von Bibliotheken aber, die seit 2001 zum Dschihadismus-Thema gefüllt wurden, findet sich, soweit hier zu sehen ist, kein Nachweis einer kohärent politischen dschihadistischen Programmatik, der anhand von Originalquellen belegt wäre. Einer solchen Programmatik widerspräche schon, dass dschihadistische Akteure keine pragmatischen Koalitionen mit Gruppen, Bewegungen oder Ideologien schließen, deren

10 Sicher haben die genannten theoretischen Zugänge keine Interesse an einem schier endlosen Islamismus- bzw. völlig diffusen bis politisierten Dschihadismusbegriff. Gleichwohl sind sie indirekt davon betroffen, da eine Engführung von Theorie an einer scheinbar ausufernden Empirietauglichkeit kaum möglich ist, jedoch beinahe jede muslimisch konnotierte Gewalt bei unbedarfter Betrachtung als zur Theorie passend zu erscheinen vermag.

politische Anliegen zwar kompatibel wären, nicht aber deren religiöser Zuschnitt.¹¹ Durchgängig ausgerichtet ist die dschihadistische Propaganda auf religiös untermalte *individuelle* Kriegerpflichten und radikale Protestartikulation. Wie jedes fundamentalistische Denken hintertreibt es angesichts der Provokation säkularisierter oder sich organisatorisch säkularisierender Gesellschaften die sachlich-funktionale, aufgeklärte Trennung politischer und religiöser Argumentationen – eine „andere Dialektik der Aufklärung“ (Meyer 1989), die gerade hinsichtlich terroristischer Kontexte, „säkularisierte[n] westlichen[n] Sozialwissenschaftler[n] ersichtlich unheimlich“ ist (Waldmann 2005, S. 30). Dschihadismus besitzt insofern keine Politik jenseits einer umfassend antimodernen Abwehrhaltung, er verfolgt keinen übergeordneten politischen Zweck; seine Bekenner-schreiben sind diffus und, wo überhaupt, auch in inflationär großen Mengen erhältlich.

4 Zur Praxis der Sicherheitsbehörden: Erkenntnisgewinn vs. Informationsoverkill

Die analytisch größte Last nun haben zweifellos nicht akademische Institute, sondern die Sicherheitsbehörden zu schultern. Anhaltend lässt das Bundesministerium des Innern wissen, die „derzeit größte Bedrohung für unsere Freiheit und Sicherheit geht vom islamistischen Terrorismus aus“, womit unmissverständlich Dschihadismus gemeint ist, den weiter wissenschaftlich zu erforschen deutsche Sicherheitsinstitutionen regelmäßig auffordern.¹² Dennoch haben die deutschen Sicherheitsbehörden eine eigene Typologie für islamisch assoziierte, systematische öffentliche Gewalt aufgestellt, die außerbehördlich selten aufgegriffen wird und der Abstufung „islamistischer Terrorismus“, „politischer Islamismus“ und letztlich „legalistischer Islamismus“ folgt (Puschnerat 2004). Ideologie- oder strategiespezifische Differenzierungen werden damit allerdings kaum erfasst bzw. lassen sich kaum abbilden; so etwa zwischen ethnoseparatistischen muslimischen Gruppierungen, der schiitischen Hizbullah, der palästinensischen Hamas oder der dschihadistischen Qaida (vgl. dazu BfV 2006, S. 22-26).

Auffällig über die dahingehend relevanten und frei verfügbaren Berichte der Sicherheitsinstitutionen hinweg ist zwar, dass eine wissenschaftlich rückversicherte Fundierung durchaus beabsichtigt ist (Ziercke 2004). Dabei allerdings sind nicht vorrangig

11 In die massivsten und grausamsten Konflikte sind Dschihadisten daher innerhalb der arabischen Welt involviert, etwa in Saudi-Arabien, Jemen und angesichts der jüngeren schiitisch-sunnitischen Bürgerkriege im Irak.

12 http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/terrorismus_node.html (Zugegriffen: 19.05.2010). Konzise Zusammenstellungen der eigenen Analysegrundlagen und Auswertungsmaßstäbe werden von den deutschen Sicherheitsbehörden nicht angefertigt oder nicht öffentlich zur Verfügung gestellt. Eher zusammenhangsarme Sammelbände veröffentlicht zuweilen das Bundeskriminalamt, etwa anlässlich seiner traditionellen Herbsttagungen oder Expertenkolloquien (BKA 2004; Kemmenies 2006). Bibliographisch umfassend nachweisen ließen sich zwar die Massen kurzer Broschüren, was hier jedoch deren Kürze wegen unterlassen wird zugunsten eines exemplarisch zu verstehenden Hinweises auf weitere Portale wie <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/Islamismus/> und <http://www.bka.de> sowie auf die Beiträge im ersten Kapitel bei Foertsch/Lange 2005 zur Rolle der Nachrichtendienste.

empirisch-statistische Daten von Relevanz. Die zuständigen Behörden übersehen nämlich angesichts der diffusen Gemengelage individualistisch-diasporischer religiöser Extremismen nicht, wie sehr Quantifizierungen durch Schätzungen, Hochrechnungen, spekulierende Vergleichszahlen und den Faktor Dunkelziffer verzerrt sind. Da sich die als potentiell gefährlich einzustufenden Radikalmilieus zudem dynamisch aus überwiegend jungen Alterskohorten rekrutieren und regenerieren, sind Daten zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung häufig bereits veraltet. Und selbst wenn einzelne Radikale oder Gruppierungen dauerhaft anfällig für extremistische Ideologien bleiben, verändern sie sich dabei „andauernd“ und nehmen „neue Positionen [ein], oft ohne den alten abzuschwören“, monierte der *Zweite Periodische Sicherheitsbericht* der Bundesministerien für Inneres und Justiz (2006, S. 170).

Inwiefern jedoch deutsche Sicherheitsbehörden intern eine wissenschaftliche Rückversicherung vor- und ernstnehmen, ist aus den öffentlich zugänglichen Quellen nur äußerst schwer ersichtlich (siehe FN 12). Teils sind entsprechende Behauptungen selbst sogar sehr fraglich, denn die Masse und Differenziertheit der deutschen und internationalen Terrorismus-, Kriegs- und Sicherheitsforschung überhaupt finden sich – soweit hier zu sehen ist – kaum wieder. Mag dies bloß wie ein Lamento klingen, hat es doch Konsequenzen, denn obschon mit seltenen, sodann eher individuellen und somit zufälligen Ausnahmen erscheint die analytische Kompetenz deutscher Sicherheitsbehörden in Sachen Islam im Allgemeinen und Dschihadismus im Besonderen angesichts unklarer, häufig beliebig und erstrecht gegen konfessionelle und nationale Unterschiede gleichgültig bleibender Differenzierungen fragwürdig. Auffällig ist insbesondere die häufige Aufbereitung, Kanonisierung und fortan ungeprüfte Weiterverwendung einmal gehaltenen Vorträge führender politischer Beamter (z.B. BfV 2008b).

Einige Beispiele: Es warnen deutsche Sicherheitsbehörden seit einigen Jahren vor dem Radikalisierung- und Rekrutierungspotential „islamistischer“ online-Angebote. Die Beantwortung der Frage zwar, wie dieses Risiko überhaupt und realistisch zu erfassen sei, bleibt selbst für umfangreichste wissenschaftliche Studien noch im explorativen Bereich (Tinnes 2010). Entsprechend werden derlei *online*-Entwicklungen zwar auch durch einige der wenigen kriminalistischen Islamwissenschaftler präzise untersucht, eine Relevanzbewertung kann indes nicht erfolgen, sondern wird auch neun Jahre nach 9/11 zugunsten des sehr häufigen Fazits unterlassen, eine „differenzierte Analyse stellt eine wichtige Aufgabe von Wissenschaft und Sicherheitsbehörden insgesamt dar“ (Rudolph 2010, S. 15).

Umso bedenklicher, wenn etwa der deutsche Verfassungsschutzbericht nicht nur ein auf Furchterzeugung und Klischeebestätigung abzielendes Bildmaterial von teils obskuren, radikal erscheinenden Websites bezieht (wutverzerrte Fratzen, martialische Posen mit Turban und MG; arabische oder persische Kaligraphie usw.), sondern das Internet selbst als verlässliches Medium für die sicherheitsoperative Informationsgewinnung präsentiert. Dergestalt etwa schaffte es die dagestanisch-islamistische bzw. tschetschenisch-separatistische „Jamaat Shariat“ in den Verfassungsschutzbericht 2008 (BMI 2008, S. 260-263), der eigentlich Gefährdungen für die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik katalogisiert: „Als aktivste Gruppierung im Rahmen der Auseinandersetzungen [um die tschetschenische Zukunft im Kaukasus – SH] *erscheint* die

dagestanische ‚Jamaat Shariat‘, die offensiv im Internet auftritt und ihre Landsleute aufruft, sich dem gewaltsamen ‚Jihad‘ anzuschließen“, um nach Ausrufung eines „Kaukasischen Emirats“ „Ungläubige aus dem Kaukasus zu vertreiben“ (BMI 2008, S. 261-262, Hervorhebung SH). Jedoch: „Die Proklamation des ‚Kaukasischen Emirats‘ [...] wird innerhalb der [tschetschenischen – SH] Diaspora in Deutschland kaum diskutiert. Die Mehrheit der in Deutschland lebenden Tschetschenen kann dem ‚pro-demokratischen‘ Flügel [...] zugerechnet werden, da für sie die Unabhängigkeit Tschetscheniens im Vordergrund zu stehen scheint“ (BMI 2008, S. 263). Die offenkundige Irrelevanz und vergleichsweise ausführliche Nennung dieser sowie weiterer „islamistischer“ und, wenn überhaupt, so doch ganz und gar unspezifisch denkbarer Bedrohungen für die innere Sicherheit der BRD werden im Bundesverfassungsschutzbericht dennoch unter kollektiven Täuschungsverdacht gestellt, nämlich zu einer „vermutlich taktisch bedingte[n] Zurückhaltung“ verdreht (BMI 2008, S. 263). Sie erhalten obendrein quantitativ und qualitativ ähnliche Aufmerksamkeit wie der „internationale islamistische Terrorismus“ der Qaida (BMI 2008, S. 215-218). Die Anonymität und Ortlosigkeit von Internetpropaganda wird mithin überkompensiert durch ein essentialistisches und geopolitisierendes Verdächtigenprofil.

Ungleich gravierender noch erscheint diesbezüglich das „Islamwissenschaftliche Kompetenzzentrum (IKO)“. Es soll im Frühjahr 2009 im Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtet worden sein und provoziert Skepsis, denn gerade weil es laut Ankündigung unter anderem dienstleisterisch für den Verfassungsschutzbund tätig sein, für einen „Dialog mit muslimischen Organisationen und Verbänden“ sorgen und sogar eine „Vernetzung mit der Wissenschaft“ gewährleisten soll,¹³ fällt auf, dass das IKO seit seiner Ankündigung allenfalls durch Unsichtbarkeit und umfassende Unbekanntheit auffällt.¹⁴ Wie dergestalt eine „Vernetzung mit der Wissenschaft“ möglich sein soll, geschweige denn ein interkultureller „Dialog“, ist nicht ersichtlich.

Disproportional zu alledem stellen sich öffentliche Aussagen politischer Beamter über die operativen und analytischen Fähigkeiten von ihnen geführter Behörden dar (BfV 2008a, passim; Hanning 2008). Die massenmedienkompatibel inszenierte Verhaftung der schon vorher längst entwaffneten sog. Sauerland-Attentäter war dafür nur ein Anlass, zudem einer, dem durch deutsche Sicherheitspolitiker seit Jahren zelebrierend und kontinuierlich öffentlich gedacht wird, um die Bedrohungslage zu verdeutlichen und die vorherige Scharte der von selbst gescheiterten, von den Sicherheitsbehörden bis dahin unbemerkten Kofferbombenanschlagsplanungen auf ICE-Züge auszuwetzen.

Insbesondere die zunehmend in „Echtzeit“ erprobte technologische Aufrüstung der Behörden scheint motivierend, ja euphorisierend zu wirken (Ziercke 2008, S. 49). Sie

13 <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/Sicherheit/ohneMarginalspalte/iko.html> (Zugegriffen: 23.04.2010).

14 Frei zugängliche und prüfbare weiterführende Informationen zum IKO und den dort beteiligten, nicht zuletzt mit einer interkulturell diskursförderlichen Aufgabenstellung betrauten islamwissenschaftlichen Köpfen waren trotz erfolgreicher schriftlicher Anfrage beim Bundesinnenministerium und zwei nur zeitlich sehr ausgiebigen Telefonaten mit der Pressesprecherin des Bundesverfassungsschutzes nicht erhältlich. Die dabei erhaltenen Informationen waren mit dem online verfügbaren Fragment letztlich identisch.

erzeugt den Eindruck, als ziehe man jenen „[t]erroristischen Netzwerke[n]“ gleich, die „aus dem Ausland gesteuert und mit modernster Technologie ausgestattet“ sind, vermittelt Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamtes (Ziercke 2008, S. 50),¹⁵ wiewohl doch laut Verfassungsschutzbericht (2008, S. 210) „[e]ine organisatorische Anbindung [des islamistisch-terroristischen Spektrum] an ‚al-Qaida‘ [...] in den wenigsten Fällen gegeben“ sei und keine weiteren Netzwerke der von Ziercke beschriebenen Bauart als Bedrohung für die innerdeutsche Sicherheitslage ausfindig gemacht werden können. Nachdenklich stimmen mag die von Ziercke betonte „Echtzeit“-Technologie auch, denkt man an die offenbar fast vollständig gesetzeswidrige Anwendung öffentlicher Videoüberwachung,¹⁶ oder an die Tatsache, dass viele früher zunächst übereuphorisch angepriesene, letztlich meist nachweislich unnötige und unnütze ‘Sicherheits’-Technologien einschließlich Schleier- und Rasterfahndung, sind sie erst einmal eingeführt, trotz „dramatischen Risiken und Nebenwirkungen“ nicht mehr abgeschafft werden (Frankenberg 2010, S. 270-271). Auch verschleiert die „Echtzeit“-Metapher, dass Überwachungstechnik kaum der Terrorismusprävention oder Tatvereitlung dient, sondern der Tatverlaufsanalyse und Strafverfolgung.

Dass diese kursorisch genannten Beispiele einer weit umfänglicheren Präzisierung und journalistisch ergänzten wie auch behördlich stärker unterschützten Prüfung bedürfen, sei unbenommen. Doch kann man vermuten, dass ein an der strategischen Höhe des äußerst flexiblen Feindes orientierter und mit der aktuellen Sicherheitsforschung eng verzahnter Sicherheitsapparat eine hohe Analysequalität sowie eine entsprechend große Varianz von konzeptionellen und sachlich zweckmäßigen Gegenmaßnahmen vorzuweisen hätte. Diese müssten sich insbesondere – im Sinne eines Schnelltests – in der Präzision von Lagebeschreibungen und im Differenzierungsniveau der zugrunde liegenden Analysekategorien widerspiegeln. Die genannten Quellen, Recherchen und Anfragen bei den Organen der inneren Sicherheit der BRD jedoch geben nur sehr wenigen Anzeichen darauf, dass wissenschaftlich unterstützte bzw. auch nach wissenschaftlichen Gütekriterien prüf- und daher: revidierbare Analysekonzepte, Ermittlungsmethoden und Präventionsinstrumente hinsichtlich dschihadistischer Gefährdungslagen vorhanden sind und systematisch genutzt werden. Zwar finden sich mittlerweile auf Bundesländerebene sehr vereinzelte Studienhinweise auf eine leicht steigende sicherheitsbehördliche Registrierung der Existenz dschihadistisch-salafistischer Weltdeutungen (z.B. der eingangs genannte Bericht des IM.NRW 2009). Deren operativer Stellenwert bzw. deren

15 Auch hier wird mithin ignoriert, kaschiert oder ausgeblendet, dass die gemeinten dschihad-terroristischen „Netzwerke“ zunehmend keine sind, die „modernste Technologie“ bisher kaum mehr gewesen ist als handelsübliche Drogerie-, Bau-, Elektromarktware usw. Auch direkte Steuerung findet nach derzeit zugänglichen Erkenntnissen fast nie statt, schon gar nicht aus „dem Ausland“. Vielmehr ist, anders als die oft bemühten Begriffe „Trend“ oder „Tendenz“ suggerieren, kreativ-flexible Eigeninitiative junger Radikaler ein kontinuierliches Wesensmerkmal des Dschihadismus (Steinberg 2010a).

16 So verstoßen laut der Hochrechnung des dortigen Landesdatenschutzbeauftragten Joachim Wahlbrink 99% der im Land Niedersachsen behördlich betriebenen Kameras gegen geltendes Recht. Vgl. http://www.lfd.niedersachsen.de/master/C62907614_N62907436_L20_D0_I560.html (Zugegriffen: 22.05.2010).

analytische Berücksichtigung sind jedoch aufgrund ihres Ausnahmecharakters derzeit schwer zu evaluieren.

5 Fazit

Angesichts des bis hierhin Ausgeführten erscheint es angebracht, den eingangs vermuteten Differenzierungsmangel hinsichtlich dschihadistischer Gefährdungen bestätigt zu sehen und eine stärkere Spezialisierung innerhalb der deutschen Terrorismusforschung für geboten zu halten. Dies insbesondere, weil aufgrund der fundamentalistisch konstitutiven Politik-Religions-Vereinheitlichung die durchweg entterritorialisierte Minderheitenweltanschauung des multikulturell verfassten, entfremdeten Dschihadismus, dessen transnationale Organisation und seine asymmetrisch schwache Gewaltstrategie derzeit als eine Art globaler Terrorismus gewertet werden, für dessen möglichst praxistaugliche Evaluierung derzeit aber adäquate Vergleichsperspektiven und neutrale Gütekriterien fehlen.

So wird ersichtlich, warum in der BRD keine zureichende „Behandlung und Auseinandersetzung mit der ideologischen Strömung von Al-Qaida“ vorherrscht (Baehr 2009, S. 9) und warum Deutschland folglich selbst dann keine ohnehin nicht vorhandene Antiterrorstrategie vorweisen könnte (Steinberg 2010b), wenn es ein sicherheitspolitisch größeres Interesse daran gäbe. Konsequenz dessen bleibt eine hinsichtlich des Dschihadismus übertheoretisiert konstruktivistische Terrorismusforschung einerseits (Kron/Reddig 2007), eine meist (schon oder noch) zu säkularisiert denkende komparative Terrorismusforschung andererseits (Straßner 2008). Beide bekommen den dschihadistischen Nexus meist nur ausschnitthaft oder als die kategoriensprengende Ausnahmeerscheinung zu fassen, die er ja tatsächlich noch ist. Insoweit dominieren derzeit Beschreibungen; offenkundig auch sicherheitspolitisch gebraucht und gefordert werden jedoch Erklärungen, die der analytischen Entdifferenzierung von einem quantitativ kleinen, bedrohungsqualitativ jedoch gewichtigen Dschihadismus einerseits und der Masse weiterer Ausprägungen islamisch assoziierter Gewaltanwendung andererseits entgegenzuwirken helfen.

Wissenschaftlich ist diese Entdifferenzierung nicht zuletzt problematisch, weil der Zwang, die offensive Kriegsstrategie Dschihadismus terrorismustheoretisch miterklären zu müssen, altbewährte und weiterhin unverzichtbare Analyseinstrumente unnötigerweise zu entwerten droht. *Politisch* hingegen ist die beschriebene Entdifferenzierung heikel, weil sie wenigstens hintergründig der quasi imperialen Idee eines tendenziell weltumspannenden Antiterrorkrieges beizupflichten scheint und auch in der BRD dazu verleitet, Verteidigungs-, Außen- und Innenpolitik unter Berufung auf Öffentliche Sicherheit in einer Weise zu vermengen, die keine Sicherheitsstrategie plausibel zu vereinheitlichen vermag.¹⁷ Insofern ist schließlich die beschriebene Verallgemeinerung

¹⁷ Vgl. statt vieler diesbezüglich insbesondere das öffentlich seinerzeit kaum registrierte, gleichwohl sicherheitsstrategisch längerfristig einschlägige letzte deutsche Weißbuch der Bundeswehr (BMVg 2006) oder akademische Einschätzungen wie folgende: „An erster Stelle [der operativen Terrorismusbekämpfung] sind

dschihadistisch bedingter Risiken *sicherheitsstrategisch* vielgestaltig fragwürdig.¹⁸ Sie erhöht die Unübersichtlichkeit und beherrschbare Komplexität, droht doch beinahe jede noch so kleine reale oder nur vermeintliche dschihadistische Aktivität alarmistisch als Trend, Strategiewechsel oder sonstwie revolutionär, neu und diffus bedrohlich klassifiziert zu werden. Zweifellos könnte die deutsche Öffentlichkeit mit einer dergestalt steigenden Komplexität leben, beträfe sie nur Analysten, wäre sie nur theoretisch oder bürokratisch relevant. Doch ist das leider so einfach nicht, denn die öffentliche Sichtbarkeit einer sowohl akademisch, sicherheitsbehördlich und politisch zu diffusen Analysekapazität eröffnet unnötigerweise neue Spielräume für terroristische Evolutionen. Die Vielfältigkeit der vorhandenen Einschätzungen nämlich lässt sich gleichsam als Warnung vor und Anleitung für Dschihadisten interpretieren, weshalb denn zuweilen das Niveau von Terrorismus mit seiner sicherheitspolitischen Analyse schrittzuhalten vermag – und zumal dschihadistische Beobachter westliche Sicherheitsberichte und Strategiekonzepte pragmatisch für ihre Anliegen berücksichtigen (Baehr 2009, S. 93).

Literatur

- Abou-Taam, M., & Bigalke, R. (Hrsg.) (2006). Die Reden des Osama bin Laden. Analysiert und kommentiert von Marwan About Taam und Ruth Bigalke. München: Diderichs.
- Armborst, A. (2009). A Profile of Religious Fundamentalism and Terrorist Activism. *Defence Against Terrorism Review*, 2(1), 51-71.
- Aslan, R. (2006). Kein Gott außer Gott. Der Glaube der Muslime von Muhammad bis in die Gegenwart. Bonn: BpB.
- Asseburg, M. (Hrsg.) (2008). Moderate Islamisten als Reformakteure. Rahmenbedingungen und programmatischer Wandel. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Baehr, D. (2009). Kontinuität und Wandel in der Ideologie des Jihadi-Salafismus. Eine ideenhistorische Analyse der Schriften von Abu Mus'ab al-Suri, Abu Mohammad al-Maqdisi und Abu Bakr Naji. Bonn: Bouvier.
- Benz, W. (Hrsg.) (2009). Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz Feindbild Muslim Feindbild Jude. Berlin: Metropol.
- Bergen, P. L. (2003). Heiliger Krieg Inc. Osama bin Ladens Terrornetz. Berlin: BvT.
- Bonney, R. (2007). *Jihad – From Qur'an to bin Laden*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hrsg.) (2006). *Islamismus: Entstehung und aktuelle Erscheinungsformen*. <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/Islamismus/>. Zugriffen: 23.05.2010.

hier – innerstaatlich wie international – vor allem Polizei und Geheimdienste, spezielle Anti-Terroreinheiten, das Militär, Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte, Zivil- und Katastrophenschutz, Zoll und Grenzschutz sowie Finanz- und Wirtschaftsbehörden gefragt“ (Schneckener 2006, S. 199, Hervorhebung SH).

¹⁸ Die in den vergangenen Jahren gewachsene Bereitschaft russischer Militärs und arabischer Potentaten zum Beispiel, gegenüber westlichen Beobachtern jedwede brutale Oppositionellenverfolgung als antidschihadistische Terrorbekämpfung auszuweisen, verstärkt geradewegs jenen transnationalen Dislozierungsdruck, dessen die dschihadistische Diaspora als Ideologiebeglaubiger und Rekrutierungsverstärker bedarf (Huhnholz 2010a, S. 114).

- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hrsg.) (2007). Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention. Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung. Köln: BfV.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hrsg.) (2008a). Terrorismusbekämpfung in Europa. Herausforderung für die Nachrichtendienste, Vorträge auf dem 7. Symposium des Bundesamtes für Verfassungsschutz am 8. Dezember 2008. Köln: BfV.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hrsg.) (2008b). *Islamismus aus Perspektive des Verfassungsschutzes*. <http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/Islamismus/>. Zugegriffen: 23.05.2010.
- Bundeskriminalamt (BKA) (Hrsg.) (2004). Netzwerke des Terrors – Netzwerke gegen den Terror. Vorträge anlässlich der Herbsttagung des Bundeskriminalamtes vom 2. bis 4. November 2004. München: Luchterhand.
- Bundesministerium des Innern (BMI) (Hrsg.) (2008). *Verfassungsschutzbericht 2008*. http://www.verfassungsschutz.de/de/publikationen/verfassungsschutzbericht/vsbericht_2008/. Zugegriffen: 23.05.2010.
- Bundesministerium des Innern, & Bundesministerium für Justiz (Hrsg.) (2006). *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: BMI u. BMJ.
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) (Hrsg.) (2006). *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*. http://www.bmvg.de/fileserving/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf. Zugegriffen: 22.04.2010.
- Coll, S. (2008). Die Bin Ladens. Eine arabische Familie. München: DVA.
- Daase, C. (2001). Terrorismus – Begriffe, Theorien und Gegenstrategien. Ergebnisse und Probleme sozialwissenschaftlicher Forschung. *Die Friedens-Warte*, 76(1), 55-79.
- Damir-Geilsdorf, S. (2003). Herrschaft und Gesellschaft. Der islamistische Wegbereiter Sayyid Qutb und seine Rezeption. Würzburg: Ergon.
- Eagleton, T. (2008). Die Gottesfrage. *DIE ZEIT*, Nr. 20/08, 08.05.2008, 45-46.
- Eder, F., & Senn, M. (Hrsg.) (2010). Europe and transnational terrorism. Assessing threats and countermeasures. Baden-Baden: Nomos.
- European Commission's Expert Group on Violent Radicalisation (= ECEG 2008). *Radicalisation Processes Leading to Acts of Terrorism (Report submitted to the European Commission)*. http://www.rikcoolsaet.be/files/art_ip_wz/Expert%20Group%20Report%20Violent%20Radicalisation%20FINAL.pdf. Zugegriffen: 15.08.2010.
- Fischer, K. (2006). Arbeit an der Apokalypse. Zur Begriffsbestimmung von „Fundamentalismus“. *Berliner Journal für Soziologie*, 16(4), 429-440.
- Fischer, K. (2009). Die Zukunft einer Provokation. Religion im liberalen Staat. Berlin: BUP.
- Foertsch, V., & Lange, K. (Hrsg.) (2005). *Islamistischer Terrorismus. Bestandsaufnahme und Bekämpfungsmöglichkeiten*. München: Hanns Seidel Stiftung.
- Frankenberg, G. (2010). Staatstechnik. Perspektiven auf Rechtsstaat und Ausnahmezustand. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fuchs, P. (2010). *Salafismus – Eine Betrachtung des Phänomens Salafismus mit Schwerpunkt auf dessen Ausprägung in Deutschland*. http://www.felix-verlag.de/index.php?option=com_content&view=article&id=177&Itemid=66&lang=de. Zugegriffen: 19.08.2010.
- Hamzawy, A. (2010). Partizipation von Islamisten in der arabischen Politik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 24(60), 22-28.
- Hanning, A. (2008). Deutsche Innensicherheitspolitik. Strategische Bedrohungen und ihre Abwehr. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 1(1), 36-45.

- Heller, D. (2008). Moderner Terrorismus zwischen religiösen, politischen und sozialrevolutionären Motiven: das Beispiel al-Qaida. In A. Straßner (Hrsg.), *Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien* (S. 435-456). Wiesbaden: VS.
- Hoffman, B. (2006). *Terrorismus – der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt*. Bonn: BpB.
- Huhnholz, S. (2010a). Dschihadistische Raumpraxis. Raumordnungspolitische Herausforderungen des militanten sunnitischen Fundamentalismus. Berlin: LIT.
- Huhnholz, S. (2010b). Kulturalisierung des Terrors. Das dschihadistische Selbstmordattentat als Stereotyp islamischer Kampfkultur. *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*, 4(1), 69-80.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (IM.NRW) (Hrsg.) (2009). *Salafismus – Entstehung und Ideologie. Eine Analyse der Ideologie durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen*. <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/Salafismus.pdf>. Zugegriffen: 19.05.2010.
- Kemmenies, U.E. (Hrsg.) (2006). *Terrorismus und Extremismus – der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus – Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie*. München: Luchterhand.
- Kepel, G., & Milelli, J.-P. (Hrsg.) (2006). *Al-Qaida. Texte des Terrors*. München und Zürich: Piper.
- Khanna, P. (2009). *Der Kampf um die Zweite Welt. Imperien und Einfluss in der neuen Weltordnung*. Berlin: BvT.
- Kron, Th., & Reddig, M. (Hrsg.) (2007). *Analysen des transnationalen Terrorismus. Soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lehmann, K. (2010). Interdependenzen zwischen Religionsgemeinschaften und internationaler Politik. Religionswissenschaftliche Anmerkungen zu politikwissenschaftlichen Religionskonzeptionen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 17(1), 75-100.
- Leiken, R. (2005). Europe's Angry Muslims. *Foreign Affairs*, 84(4), 120-135.
- Lefever, E. W. (1999). *America's Imperial Burden. Is the Past Prologue?* Boulder, CO: Westview Press.
- Lohlker, R. (2009). *Dschihadismus. Materialien*. Wien: Facultas.
- Mähler, M. (2009). „Homegrown Terrorism“ Radikalisierung westlich sozialisierter Muslime und Konvertiten zum Jihadismus. http://www.felix-verlag.de/masterarbeiten/downloads/MA2010/Maehler_Masterarbeit.pdf. Zugegriffen: 21.07.2010.
- Mayntz, R. (2004). Hierarchie oder Netzwerk? Zu den Organisationsformen des Terrorismus. *Berliner Journal für Soziologie*, 14(2), 251-262.
- Mayntz, R., & Nedelmann, B. (1987). Eigendynamische soziale Prozesse. Anmerkungen zu einem analytischen Paradigma. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39(4), 648-668.
- Meyer, Th. (1989). Fundamentalismus. Die andere Dialektik der Aufklärung. In ders. (Hrsg.), *Fundamentalismus in der modernen Welt. Die Internationale der Unvernunft* (S. 13-22). Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Münkler, H. (2002). *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Münkler, H. (2006). *Der Wandel des Krieges. Von der Symmetrie zur Asymmetrie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Musharbash, Y. (2006). *Die neue al-Qaida. Innenansichten eines lernenden Terrornetzwerks*. Bonn: BpB.
- Neidhardt, F. (1981). Über Zufall, Eigendynamik und Institutionalisierbarkeit absurder Prozesse. Notizen am Beispiel einer terroristischen Gruppe. In H. von Alemann & P. Thurn (Hrsg.), *Soziologie in weltbürgerlicher Absicht* (S. 243-258). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Neidhardt, F. (1985). Große Wirkungen kleiner Reize – symbolisch vermittelt. Zur Soziologie des Terrorismus. In B. Lutz (Hrsg.), *Soziologie und gesellschaftliche Entwicklung. Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund* (S. 322-333). Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Puschnerat, T. (2004). Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen – eine Skizze. In U. E. Kemmenies (Hrsg.), *Terrorismus und Islamismus. Der Zukunft auf der Spur* (S. 217-237). München: Luchterhand.
- Rapoport, D.C. (2001). The international world as some terrorists have seen it: A look at a century of memoirs. In ders. (Hrsg.), *Inside terrorist organizations* (S. 32-58). London, Portland: Frank Cass.
- Richardson, L. (2007). Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können. Frankfurt am Main: Campus.
- Roy, O. (1994). *The Failure of Political Islam*. Cambridge: Harvard University Press.
- Roy, O. (2006). Der islamische Weg nach Westen. Globalisierung, Entwurzelung und Radikalisierung. München: Pantheon.
- Roy, O. (2008). Der falsche Krieg. Islamisten, Terroristen und die Irrtümer des Westens. Berlin: Siedler.
- Roy, O. (2010). Heilige Einfalt: über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen. München: Siedler.
- Rudolph, E. (2010). Salafistische Propaganda im Internet. Eine Analyse von Argumentationsmustern im Spannungsfeld von missionarischem Aktivismus, Islamismus und Gewaltlegitimation. In A. Phahl-Traugher (Hrsg.), *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismus-Forschung 2009/10* (S. 486-501). Brühl: Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.
- Sarhan, A. (2010). Jihad – ein islamischer Freibrief für den Terror? *Zeitschrift für Kulturwissenschaften*, 4(1), 53-68.
- Schieder, R. (2008). Sind Religionen gefährlich? Berlin: Berlin University Press.
- Schily, O. (2004). Eröffnung und Festvortrag. In Bundeskriminalamt (Hrsg.), *Netzwerke des Terrors – Netzwerke gegen den Terror* (S. 5-14). München: Luchterhand.
- Schneckener, U. (2005). Die soziale Konstruktion des „Terrorexperten“. Terrorismusforschung zwischen Medienlogik und Politikberatung. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Schneckener, U. (2006). Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schmitt, C. (1963). Der Partisan. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schneider, C. (2007). Zweifel und Trauer. Psychologische Fundamente des Fundamentalismus. *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, 61(11), 1039-1048.
- Schneiders, Th. G. (2009) (Hrsg.). Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: VS.
- Schwarz, C., & Rotte, R. (2010). Von Sympathisanten und Kollateralschäden. Die bleibende Bedeutung des „zu interessierenden Dritten“ für den transnationalen Terrorismus. *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 3(2), 223-239.
- Steinbach, U. (2004). Der islamische Fundamentalismus heute. In K. Kindelberger (Hrsg.), *Fundamentalismus. Politisierte Religion* (S. 86-104). Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.
- Steinberg, G. (2005). Terror – Europas internes Problem. *IP*, 60(11), 14-21.
- Steinberg, G. (2010a). Die neuen Internationalisten. *The European*. <http://www.theeuropean.de/guido-steinberg/2118-wandel-des-terrorismus>. Zugegriffen: 16.05.2010.

- Steinberg, G. (2010b). In al-Qaeda's sight. Germany needs an anti-terrorism strategy. Hamburg: Körber-Stiftung.
- Sivan, E. (1998). The Holy War tradition in Islam. *Orbis*, 42(2), 171-194.
- Straßner, A. (Hrsg.) (2008). Sozialrevolutionärer Terrorismus. Theorie, Ideologie, Fallbeispiele, Zukunftsszenarien. Wiesbaden: VS.
- Tinnes, J. (2010). Internetnutzung islamistischer Terror- und Insurgentengruppen unter besonderer Berücksichtigung von medialen Geiselnahmen im Irak, Afghanistan, Pakistan und Saudi-Arabien. http://scidok.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2010/3117/pdf/_Thesis.pdf. Zugegriffen: 01.06.2010.
- Waldmann, P. (2005). *Terrorismus. Provokation der Macht*. Hamburg: Murmann.
- Wehler, H.-U. (2009). Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990. Bonn: BpB.
- Wentker, S. (2008). Einleitung: Noch ein Buch über islamischen Fundamentalismus? In W. Feichtinger & S. Wentker (Hrsg.), *Islam, Islamismus und islamischer Extremismus. Eine Einführung* (S. 9-16). Wien u.a.: Böhlau.
- Werenfels, I. (2005). Vom Umgang mit Islamisten im Maghreb. Zwischen Einbindung und Unterdrückung. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Wiktorowicz, Q. (2006). Anatomy of the Salafi Movement. *Studies in Conflict & Terrorism*, 29(3), 207-239.
- Wright, L. (2007). Der Tod wird euch finden. Al-Qaida und der Weg zum 11. September. München: dva.
- Ziercke, J. (2004). Wissenschaft und Praxis im Kampf gegen den Terrorismus. In Bundeskriminalamt (Hrsg.), *Netzwerke des Terrors – Netzwerke gegen den Terror* (S. 15-30). München: Luchterhand.
- Ziercke, J. (2008). Terrorismusbekämpfung – Die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland aus Sicht der Polizei. In Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) (Hrsg.), *Terrorismusbekämpfung in Europa. Herausforderung für die Nachrichtendienste* (S. 40-50). Köln: BfV.